

Diskussion der „Omas gegen rechts“ mit Bundestagsabgeordneten

Braucht es ein AfD-Verbot?

Von Klaus Baumeister

MÜNSTER. Sie sind viele, und sie können mobilisieren: Die Initiative „Omas gegen rechts“ lockte am Montagabend rund 400 Menschen in die Aula der Mathilde-Anneke-Gesamtschule, um gemeinsam mit den vier münsterischen Bundestagsabgeordneten und dem Juristen Felix Oldenburg die politisch hochspannende Frage zu diskutieren: „Ist die AfD noch zu stoppen?“

Als sich nach gut zwei

»Das Bundesverfassungsgericht ändert keine Meinungen.«

Felix Oldenburg, Jurist

Stunden lebhafter Debatte das Publikum wieder zerstreute, gab es kein klares Ja und kein klares Nein, wohl aber sehr viel Motivation, dem Ja zum Erfolg zu verhelfen. Zu dieser Motivation trug nicht zuletzt die Erkenntnis bei, dass es im Umgang mit der AfD keine einfachen Lösungen gibt.

Den wohl schwierigsten Part an diesem Abend hatte Felix Oldenburg. Der Jurist sollte in drei Minuten eine Frage beantworten, deren Beantwortung er in seiner Doktorarbeit 250 Seiten widmet. Und zwar die Frage, ob eine



Sie diskutierten auf Einladung der Initiative „Omas gegen rechts“ über die Frage „Ist die AfD noch zu stoppen?“ (v.l.): Stefan Nacke (CDU), Sylvia Rietenberg (Grüne), Svenja Schulze (SPD), Felix Oldenburg (Jurist) und Heike Zafar (Moderatorin). Später kam Kathrin Gebel (Linke) hinzu.

Foto: Klaus Baumeister

Klage gegen die AfD beim Bundesverfassungsgericht erfolgreich sein könnte. Oldenburg stellte klar, dass die rechtliche Hürde sehr hoch liege, da uneingeschränkt der Nachweis zu erbringen sei, dass es der Klagsseite um den Schutz der Verfassung gehe, und nicht darum, „einen Konkurrenten loszuwerden“. „Tendenziell“, so Oldenburg

weiter, würde er die Erfolgsaussichten als eher gut einschätzen, da die AfD vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft werde. Gleichwohl bleibe ein großes Risiko. Ganz abgesehen davon, so der Jurist weiter, gebe es die bislang ungeklärte Frage, wie es nach einem Verbot weitergehen könnte. „Das Bundesverfas-

sungsgericht ändert keine Meinungen.“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Nacke warnte in diesem Zusammenhang vor der irrigen Annahme, man könne die AfD-Wähler nach einem positiven Verbotsschnell zurückgewinnen. Viele Menschen im Dunstkreis der AfD „haben die Brücken hinter

sich abgebrochen“.

Ungeachtet dessen plädierten Svenja Schulze (SPD) und Sylvia Rietenberg (Grüne) für eine Klage. „Wir sollten nicht mehr über ein Verbotsschnellverfahren reden, sondern es machen“, so Schulze. Zugleich mahnte sie aber eine genaue Prüfung an, da die bisher gesammelten Unterlagen „nicht reichen“. Nacke zeigte sich etwas skeptischer. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als seien gute Demokraten für ein Verbot und schlechte dagegen. Es gehe um „politische Klugheit, nicht um Profilierung“.

Die Linke Kathrin Gebel machte die Sozialpolitik der letzten Jahre für den Erfolg der AfD verantwortlich. Jeden Tag erfolge „ein neuer Anschlag auf den Sozialstaat“. Rietenberg stimmte dem nur bedingt zu: „Auch Reiche wählen AfD.“ Entscheidend sei, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit behalte.

Übereinstimmend berichteten alle Bundestagsabgeordneten, dass die Präsenz einer starken AfD-Fraktion im Bundestag zu vielen unangenehmen, teilweise bedrohlichen Situationen führe. Nacke sprach von einer „dauerhaften Provokation“, Rietenberg nannte die AfD einen „unzivilisierten Haufen“, Schulze meinte: „Der AfD-Ton ist respektlos.“